

Große Anfrage der Fraktion der SPD

Digital geht auch sozial – Freies WLAN für den Stadtteil Gröpelingen

Die Digitalisierung führt zu tiefgreifenden Veränderungen in allen Lebensbereichen. Aber nicht alle Menschen können in gleichem Maße an diesen Veränderungen teilhaben. Dem jährlichen Lagebild zur digitalen Gesellschaft in Deutschland D21/Digitalindex 2017/18, ist zu entnehmen, dass es weiterhin einen Zusammenhang zwischen digitaler Abstinenz bzw. Distanz und geringerem sozialen Status gibt. Hierfür gibt es ein Bündel verschiedener Ursachen; ein wesentlicher Grund dürfte aber weiterhin sein, dass Internetzugänge in Deutschland überwiegend und entsprechende Endgeräte immer mit Kosten verbunden sind.

Auch die Nutzung und Bedeutung des mobilen Netzzuganges ist in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen. Allerdings liegen Deutschland – und damit auch Bremen – im internationalen Vergleich bei den Nutzungsmöglichkeiten von freiem WLAN deutlich zurück. Es sind in erster Linie eher die Jüngeren, Höhergebildeten, Einkommensstärkeren, die auf das Internet zugreifen – ob nun von Zuhause oder unterwegs. Insoweit liegt es auf der Hand, dass ein Baustein gegen die digitale Spaltung der Gesellschaft der Ausbau von WLAN-Strukturen in sozial belasteten Quartieren sein muss.

Bremen ist seit Jahren von sich beschleunigenden Segregationstendenzen zwischen den Ortsteilen betroffen. Diese Segregation hat vielfältige Ursachen. Insbesondere ist sie Ergebnis von kapitalistischen Mechanismen des Wohnungsmarktes. Darüber hinaus wirken aber weitere, oft weichere Faktoren. Objektive oder auch nur subjektiv wahrgenommene Unterschiede und Defizite, was die Bildungschancen, Sicherheit, Sauberkeit und die soziale Infrastruktur vor Ort angeht, verstärken die Spaltung der Stadtteile zusätzlich.

Um gerade sogenannte sozial belasteten Ortsteile zu stabilisieren, ist besondere Unterstützung nötig. Auch dabei könnte ein flächendeckendes freies WLAN ein geeignetes kleines Puzzlestück sein.

Nach dem Wegfall der Störerhaftung ist zu beobachten, dass vermehrt durch nichtstaatliche Anbieter freie WLAN-Zugänge geschaffen werden. Allerdings werden diese im Regelfall als Mittel der Kundenwerbung oder -bindung installiert. Aus diesem Grunde befinden sich solche Angebote vorwiegend in den zentralen Stadtteilen oder Einkaufszentren. Öffentliche Angebote, werden bislang hingegen vorwiegend im Umfeld staatlicher oder kommunaler Einrichtungen geschaffen.

Die zivilgesellschaftliche Initiative Bremen.Freifunk.net ist ein Projekt, das versucht, ein stadtweites Datennetz auf Basis von WLAN-Routern aufzubauen. Dieses Netz soll eine freie

Kommunikation innerhalb der ganzen Stadt ermöglichen. Jedes WLAN-fähige Gerät vom Smartphone bis zum Notebook kann sich mit dem Netz verbinden. Auch der Zugang zum Internet steht zur Verfügung.

Durch diesen partizipativen Anspruch und das Fehlen kommerzieller Interessen ist diese zivilgesellschaftliche Initiative besonders geeignet, an der Verwirklichung eines flächendeckenden, freien WLAN in sozial belasteten Ortsteilen mitzuwirken. Die Stadt Bremen kooperiert bereits in vielen Fällen, beispielsweise bei der Versorgung von Flüchtlingsunterkünften, mit bremen.freifunk.net.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Ist der Senat bereit, mit bremen.freifunk.net in konzeptionelle Gespräche darüber einzutreten, wie als Pilotprojekt im Stadtteil Gröpelingen unter Nutzung vorhandener kommunaler, staatlicher, und, soweit die Betreiber hierzu bereit sind, auch freigemeinnütziger und kommerzieller Router- und Gateway-Betreiber ein stadtteilweites, flächendeckendes und freies WLAN eingerichtet werden kann?
2. Falls ja, mit welchen Kosten der Einführung und mit welchen laufenden Kosten rechnet der Senat?
3. Falls ja, wird der Senat bremen.freifunk.net hierfür die erforderlichen Dachflächen und Server zur Verfügung zu stellen, bzw. bei Dritten hierfür werben?
4. Wird der Senat, soweit sich auf diesem Wege kein entsprechendes Pilotprojekt für den Stadtteil Gröpelingen realisieren lässt, der Bürgerschaft ein Alternativkonzept vorlegen?

Petra Krümpfer, Rainer Hamann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD